

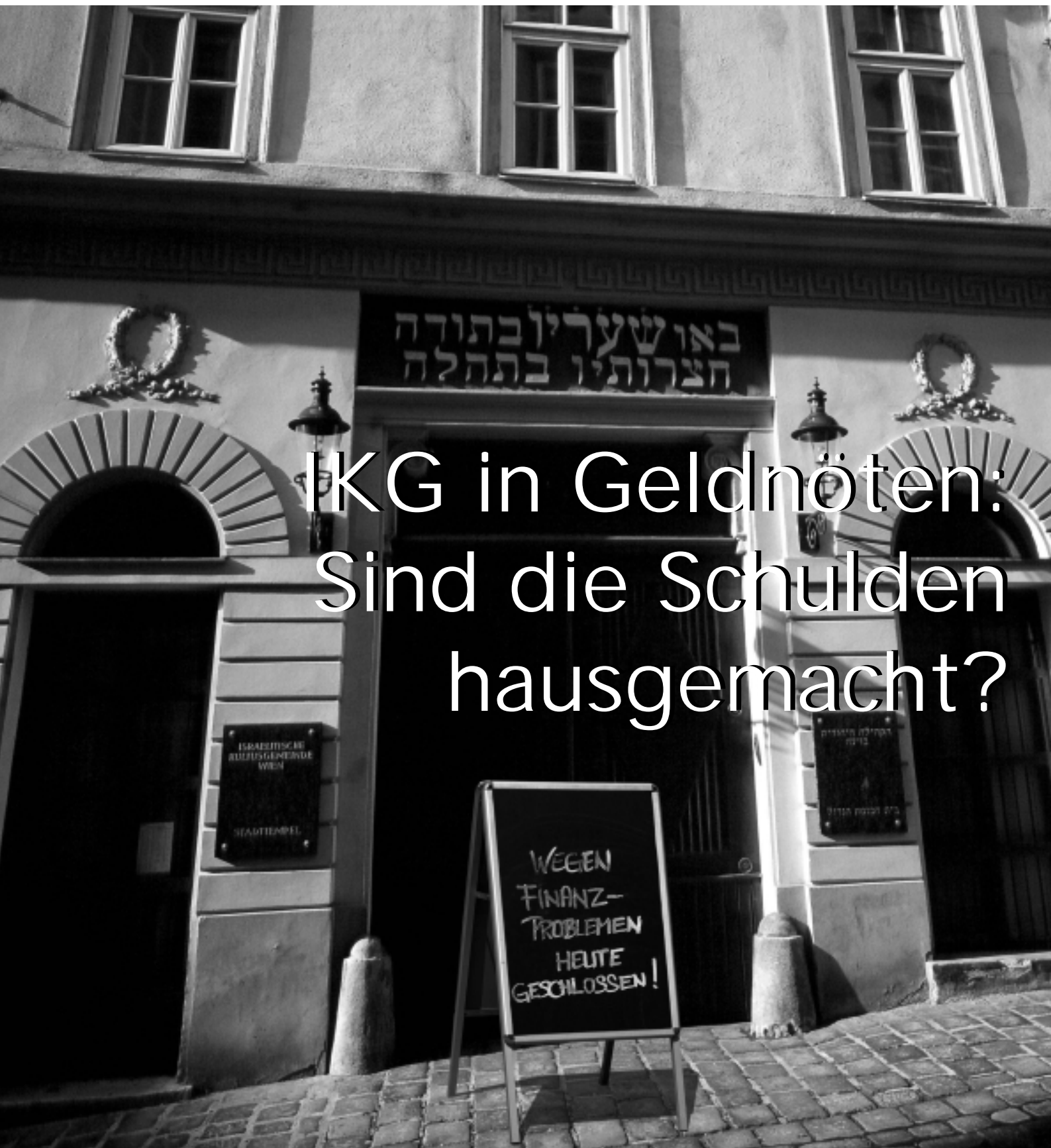
AUSGABE 12 / JULI 2003 / TAMMOZ 5763

€ 0,75

WWW.NUNU.AT

**NU**

NEWS ÜBER UNS



# IKG in Geldnöten: Sind die Schulden hausgemacht?

WEGEN  
FINANZ-  
PROBLEMEN  
HEUTE  
GESCHLOSSEN!

# INHALT



## EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die vorliegende NU-Sommerausgabe ist dicht und spannend wie gewohnt. Wenn Ihnen dennoch einige Autoren abgehen, dann liegt es an der Unabkömmlichkeit der NU-Redakteure in ihrem Brotberuf: Die meisten von ihnen sind neben ihrer ehrenhaften, aber unentgeltlichen – jawohl, auch das soll einmal erwähnt sein! – Tätigkeit für NU bei tagesaktuellen Medien beschäftigt und derzeit rund um die Uhr im Einsatz. Ein Dank daher an alle, die dennoch diesmal für NU geschrieben haben, und all jene, die beim nächsten Mal wieder dabei sein werden!

Die Finanzkrise der Kultusgemeinde ist unser Hauptthema, zumal NU immer wieder auf das Versagen der IKG-Finanzpolitik hingewiesen hat. Neben einem Hintergrundbericht von Rainer Nowak kommentiert Martin Engelberg in diesen Zusammenhang auch das Dilemma der so genannten zweiten Generation.

Danielle Spera und Peter Menasse haben sieben (ehemalige) jüdische Kommunisten nach dem Grund für ihr politisches Engagement befragt. Der Bericht ist sehr persönlich gehalten und spiegelt dennoch einen wichtigen Teil österreichischer Geschichte wider.

Mit dem richtigen Bier im richtigen Lokal können Sie diesen Sommer Gutes tun und die Arbeit der Flüchtlingsbetreuerin Ute Bock unterstützen. Nina Horacek hat mit ihr gesprochen. Außerdem im NU-Sommerprogramm: eine Geschichte über den in Wien geborenen Nobelpreisträger Eric Kandel, eine erfrischend-köstliche Geschichte über den Mangel an guter jüdischer Küche in Wien. Stattdessen dajgezzen und chochmezzen: Javor und Menasse im inzwischen schon legendären Format über die Bedeutung von Spargel und Wein bei fragwürdigen politischen Verbrüderungen.

Viel Vergnügen beim Lesen,  
wünscht

Saskia Schwaiger  
stv. Chefredakteurin

**Seite 3 COVER „Wegen Finanzproblemen geschlossen“**

Die IKG verlangt eine ausreichende Finanzierung durch die Bundesregierung. Doch das Finanzdebakel ist zum Teil hausgemacht.

**Seite 5 POLITIK Genosse Jude**

Zahlreiche Juden schlossen sich im Widerstand den Kommunisten an. Sieben Frauen und Männer über ihre persönliche KP-Vergangenheit.

**Seite 12 INTERVIEW Gedächtnisforschung und Erinnerung**

Der in Wien geborene Nobelpreisträger Eric Kandel verzichtete auf eine österreichische Ehrung und kam stattdessen zum Diskutieren.

**Seite 15 INTERVIEW Mama Africa**

Interview mit der mehrmals ausgezeichneten Flüchtlingsbetreuerin Ute Bock über ihre Arbeit und die schwarz-blaue Flüchtlingspolitik

**Seite 18 LEBEN Joich und Pflaumenzimmes**

Gastro-Kritiker Rainer Nowak über das Fehlen jüdischer Küche in Wien

**Seite 20 MEINUNG Dajgezzen und Chochmezzen**

Erwin Javor und Peter Menasse diskutieren über die politische Symbolik von Handshakes und Spargelessen.

**Seite 22 MEINUNG Erhobenen Hauptes**

Martin Engelberg über die Finanzkrise der IKG und das Dilemma der zweiten Generation



# In der Sackgasse

| Die Finanzprobleme der Israelitischen Kultusgemeinde sind mehr als besorgniserregend. Ariel Muzicants Finanzpolitik hat keinen Erfolg gehabt. Darüber hinaus lässt die Bundesregierung die Gemeinde im Regen stehen. Die Situation scheint völlig verfahren. |

Von Rainer Nowak

**D**ass die finanzielle Lage der Gemeinde ernst ist, weiß man seit langem. IKG-Präsident Ariel Muzicant bestreitet zwar vehement, dass die liquiden Mittel nicht ausreichen, um die Junigehälter der IKG-Mitarbeiter zu zahlen, dennoch meldete er 35 Mitarbeiter beim AMS für eine mögliche Kündigung an. Und auch weitere Maßnahmen, die der Vorstand der Gemeinde beschloss, sind drastisch:

Die Gottesdienste im Stadttempel werden massiv eingeschränkt, ebenso wird es weniger Religionsunterricht an Privatschulen geben. Stipendien in allen Schulen werden um fünfzig Prozent reduziert. Die Subventionen religiöser, sozialer und kultureller Vereine werden um fünfzig Prozent verringert, womit das Überleben dieser Vereine massiv gefährdet wäre. Auch die Versorgung mit koscheren Lebensmitteln könnte dann nicht mehr gewährleistet sein. Ab 1. Juli treten die Maßnahmen in Kraft.

Die IKG befindet sich in einem Dilemma. Die Regierung verweist die IKG heute an den Allgemeinen Entschädigungsfonds beziehungsweise bot nun zuletzt ein Darlehen als Vorschuss auf die Mittel aus diesem Fonds.

Dies lehnt Muzicant jedoch ab. Die IKG wolle sich aus diesem Topf nichts nehmen, weil sie dadurch die Ansprüche der individuellen NS-Opfer massiv schmälern würde und weil zu befürchten sei, dass in der Folge diese Opfer trotz der großen Geldanstrengungen Österreichs enttäuscht zurückblieben.

Jährliche zusätzliche Bundesmittel von 2,7 Mio. Euro (die Höhe des Defizits) hatte Muzicant von der Regierung gefordert, um die Infrastruktur der Gemeinde aufrechterhalten zu können.

Woher aber kommt eigentlich das hohe Defizit der Kultusgemeinde?

Muzicant argumentiert damit, dass die Anzahl der Mitglieder (und damit die Höhe ihrer Beiträge) im Vergleich zur Größe der Infrastruktur (und ihrer Kosten) zu gering sei.

Allerdings wurde ein Großteil ebendieser Infrastruktur (Gemeindezentrum, jüdische Schulen, ESRA usw.) erst in den Jahren nach 1981 errichtet. Vor 1981 habe die IKG immer wieder Liegenschaften verkauft, argumentiert Muzicant, um ihre Defizite abzudecken, die damals zwischen fünf und zehn Millionen Schilling (zwischen 363.000

und 726.000 Euro) betragen. Die Gemeinde hat unter seiner Präsidentschaft beschlossen, den Verkauf des Familiensilbers zu stoppen, der Schuldenberg sei dadurch gewachsen.

Es war Ariel Muzicant, der als Vizepräsident der Gemeinde durchsetzte, Immobilienprojekte abzuwickeln, aus deren Ertrag die Defizite abgedeckt werden sollten. Man träumte seinerzeit sogar von Budgetüberschüssen. 1998 sollte das erste Mal ein Nulldefizit vorgelegt werden. Bei den damals stattfindenden Wahlen warb Muzicant offen mit dieser Zielsetzung.

Doch es kam ganz anders: Nach 1998 stiegen die Defizite explosionsartig an: Während das Defizit 1998 lediglich 1,74 Millionen Euro (24 Millionen Schilling) betrug, belief es sich ein Jahr später auf 2,18 Millionen Euro (30 Millionen Schilling). In den Jahren 2000 und 2001 schließlich gab es bereits einen Minderbetrag in der für die IKG geradezu astronomischen Höhe von 3,6 Millionen Euro (50 Millionen Schilling), 2002 fehlen mindestens 2,7 Millionen Euro (37 Millionen Schilling). Einer der von Muzicant immer wieder vorgebrachten Hauptgründe für das steigende Defizit sind die Kosten für die Sicherheit. Durch die zunehmende Bedrohungslage durch den Terrorismus wurden auch in Österreich die Sicherheitsmaßnahmen deutlich verstärkt. Allerdings leistet sich die Gemeinde einen eigenen Sicherheitsdienst, der viel kostet. Dass die österreichische

Polizei diese Aufgabe nicht übernimmt, ist Teil des Problems. Muzicant will den eigenen Dienst behalten. Die Polizei würde nicht die gleiche Leistung erbringen. Und tatsächlich konnte die Wiener Polizei bereits mehrmals Angriffe gegen Juden nicht verhindern. Zur Verdeutlichung: Die Ausgaben für die Sicherheit stiegen im Zeitraum 1998 bis 2001 um 91 Prozent.

In der Regierung argumentiert man hingegen, dass ein souveräner Staat nicht Geld für private Sicherheitsleute zahlen kann. Man würde damit ja allzu klar eingestehen, dass man nicht in der Lage ist, die jüdische Gemeinde beschützen zu können.

Aber allein die Zunahme der Sicherheitskosten von rund 726.000 Euro (10 Millionen Schilling) macht das Problem nicht aus. Der Anstieg der Personalkosten in der allgemeinen Verwaltung der IKG von rund dreißig Prozent vor allem durch Neueinstellungen, durch die Erhöhung der Subventionen an eine Reihe von Vereinen innerhalb der IKG von bis zu achtzig Prozent und schließlich die Abschaffung der Kultussteuer haben in den letzten fünf Jahren ein mindestens ebenso großes Loch in das Budget gerissen.

Zu all dem kommt noch ein politisch-persönliches Problem: IKG-Chef Ariel Muzicant und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel stehen einander unversöhnlich gegenüber. Die 2,7 Millionen Euro wären für die Regierung ein verschmerzbarer Betrag, schon um sich – zynisch formuliert – die mediale Aufmerksamkeit zu ersparen, wie Regierungsvertreter offen formulieren. Doch Schüssel bleibt hart und argumentiert, dass keine andere Regierung so viel für die NS-Opfer getan habe. Die politischen Angriffe von Muzicant auf ihn vergisst Schüssel offenbar nicht.

Die Abstimmung über den Antrag von SPÖ und Grünen auf Unterstützung der IKG durch den Bund stand zwar zu NU-Redaktionsschluss noch bevor, ÖVP und FPÖ hatten zuvor aber angekündigt, nicht zustimmen zu wollen. Gleichzeitig war in Regierungskreisen zu hören, dass man doch noch verhandlungsbereit sei.

Scheinbar kompromissbereit hatte man sich in der Vergangenheit allerdings schon oft gegeben. Muzicant dazu mit leicht resignierendem Unterton: „Ich weiß nicht, wie es jetzt weitergeht. Im August kommt ein Bericht der Historikerkommission, in dem aufgelistet wird, wie viel Vermögen die Gemeinde durch die Nazis verloren hat“. Dann hoffe er, Muzicant, auf ein Einlenken der Regierung. Der Streit ist damit prolongiert. ■





Fotos: ©P. Rigaud, Privatarchiv

Susi Haber heute (links) und im Exil in der Schweiz (rechts): Beim Schmuggeln von Flugblättern in Büchern erhielt sie ihre „ideologische Schulung“

## Genosse Jude

| In den 1930er und 1940er Jahren traten viele Juden der kommunistischen Partei bei. Die KPÖ erschien ihnen als Chance, die entfesselte Brutalität des Nationalsozialismus zu bekämpfen und endgültig bessere Zustände auf der Welt herzustellen. Sie war in der Wahrnehmung dieser Juden die einzige politische Kraft, die sich dem Faschismus kämpfend entgegenstellte. Inzwischen haben die meisten, aber doch nicht alle, der Partei den Rücken gekehrt. Sieben Juden verschiedenen Alters und unterschiedlicher Herkunft berichten über ihre seinerzeitige Annäherung an die Partei und darüber, was sie heute von der kommunistischen Ideologie halten. |

Von Danielle Spera und Peter Menasse

**D**er Genosse mit dem Decknamen „Janda“ fiel dem 16-jährigen Oskar Rosenstrauch beim konspirativen Treffen der kommunistischen Zelle besonders auf. Er war anders gekleidet als die Menschen, mit denen der Jugendliche sonst in Berührung kam. In der Karl-Meißl-Straße in der Brigittenau, wo Rosenstrauch zu Hause war, lebten zum Zeitpunkt dieser Begegnung im Herbst 1934 zehntausende arme Juden: Handwerker, Arbeiter, Arbeitslose. Viele waren aus den unerträglichen Verhältnissen des Stetls im Osten Europas geflüchtet, um, in Wien angelangt, erneut Opfer von Wirtschaftskrise, Armut und Diskriminierung zu werden. Janda

hingegen trug die Symbole einer Gesellschaftsschicht, die den Kindern vom Augarten sonst streng verschlossen blieb – er hatte Manschettenknöpfe an seinen Hemdsärmeln. Der Mann, der den Jungen so faszinierte, sollte ihm viel später wieder begegnen als hoch geachteter Justizminister des Kabinetts Kreisky: Sein Name war Christian Broda.

Rosenstrauch war vorerst Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend gewesen, einer sozialdemokratischen Vorfeldorganisation, die sich – wie alle anderen Parteiinstitutionen auch – Anfang 1934 im Gefolge des Bürgerkriegs auflöste.

„Die Sozialdemokratie war die Heimat für ▶



all jene Juden, die sich integrieren wollten“, resümiert Oskar Rosenstrauch. „Durch ihre Auflösung entstand ein politisches Vakuum, das nur von den Kommunisten gefüllt werden konnte.“

Die andere große politische Gruppierung war den Juden verschlossen. Die Christdemokraten waren eine stramm klerikal ausgerichtete Partei, die mit ihrem Schulterschluss-Slogan des „Seid einig“ so gar nicht die jüdischen Mitbürger meinte. Und schließlich waren es auch die elenden wirtschaftlichen Verhältnisse der 30er Jahre, die Rosenstrauch auf neue Lösungen hoffen ließen. „Uns erschien die Planwirtschaft als einzige taugliche Alternative zur chaotischen Wirtschaftslage des Kapitalismus“, meint der heute 85-Jährige, „und

ihr Scheitern kam ja dann erst viel später.“ Rosenstrauch musste als „Politischer“ bereits unmittelbar nach dem Einmarsch der Hitlertruppen aus Wien flüchten. Die kommunistische Partei half ihm, zuerst in ein Auffanglager nach Brünn zu kommen und später weiter nach England, wo er bis Kriegsende bleiben konnte.

Seine jüngste Schwester Edith flüchtete ebenfalls nach England. Die 14-Jährige kam schwer damit zurecht, ihre Freundinnen und ihr Grätzl rund um den Augarten verlassen haben zu müssen. Ihr Bruder nahm sie dann in eine kommunistische Gruppe mit, die sich in London gebildet hatte. Bei „Young Austria“ fand sie Freunde aus ihrem Wiener Umfeld wieder und bekam Erklärungen, die ihr das Unbegreifliche fassbar und annehmbar machten. „Wir waren wie Untermenschen behandelt worden, und da war auf einmal eine selbstbewusste Gruppe, die uns ein positives Lebensgefühl vermittelte“, meint Edith Wein heute. Die jungen Kommunisten sahen es als ihre Aufgabe, das „andere“ Österreich zu präsentieren. Es gab neben den politischen Zirkeln auch eine Tanzgruppe und einen Chor, die in Lederhose und Dirndl vor englischem Publikum auftraten, um das Bild von Österreich lebendig zu halten. Young Austria und ähnliche Gruppen in anderen Ländern haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, dass Österreich nach dem Krieg von den Alliierten als Opfer und nicht als ein tragendes Element des Nationalsozialismus behandelt wurde.

Susi Haber, Jahrgang 1922, wurde ebenfalls in der Emigration zur Kommunistin. Sie stammt aus einem bürgerlichen, monarchistisch orientierten Elternhaus. Im Oktober 1938 gab es den letzten Kuss und Segen der Eltern auf dem Westbahnhof, dann ging die Flucht auf abenteuerlichen Wegen in die Schweiz, wo Haber sehr bald ihren Mann kennen lernte. In der Schweiz kam sie in Kontakt mit der KP.

„Dort ist man an uns Juden herangetreten, aber unabhängig davon hatte man damals keine andere Alternative als den Kommunismus“, erinnert sie sich.

Mit großer Begeisterung schließt sie sich als Jüdin bewusst der Partei an, jener Partei, die in ihrer Wahrnehmung als einzige gegen den Faschismus, gegen Antisemitismus und für die Freiheit kämpft. Und so wird sie in aufregende Abenteuer verwickelt: „Ich habe illegale Blätter von St. Gallen in den Tessin geschmuggelt und vom Tessin andere Blätter wieder zurück, Bücher hin- und hergebracht,



Foto: ©P. Rigaud

Arik Brauer: „Ich war ja so erzogen, dass bis Ende des Krieges bei uns im Flüsterton die Internationale gesungen wurde.“

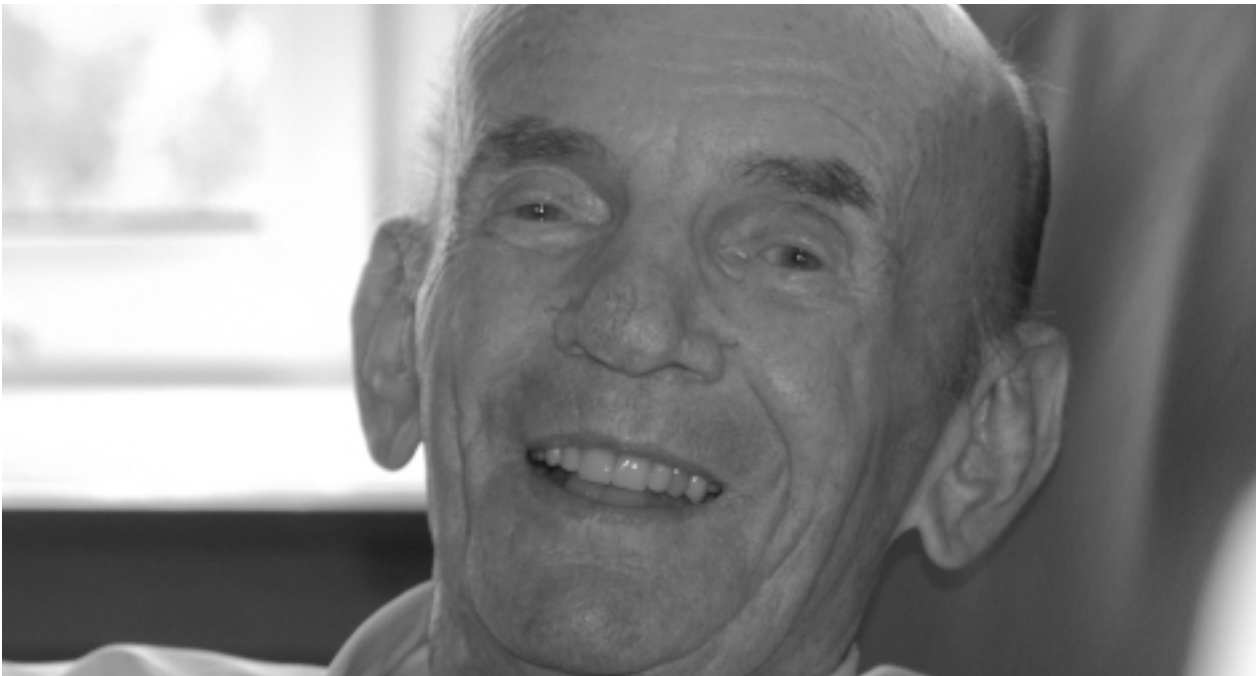


Foto: © J. Godany

Kurt Menasse lernte im Internierungslager in England Kommunisten kennen:  
„Sie waren am tüchtigsten und kollegialsten.“

in die immer wieder Seiten eingeklebt wurden. So habe ich unterwegs gleich meine ideologische Schulung bekommen.“

Kurt Menasse kam erstmals im Internierungslager in England mit der KP in Kontakt. Dort stellte er fest, dass „die mit uns internierten Kommunisten wirklich die Tüchtigsten, die Kollegialsten waren, jene, die am meisten auf sich genommen haben in der Organisation des Lagerlebens usw., und man hat sich irgendwie an diese Leute angelehnt. Sie haben gleich die Leitung übernommen, aber nicht dadurch, dass sie gewählt wurden, sondern ganz auto-

matistisch, weil sie am meisten für die Gemeinschaft getan haben“.

Politische Konsequenzen folgten zuerst nicht, da Menasses dringlichster Wunsch war, in die britische Armee zu gelangen, um gegen die Nazis zu kämpfen. Nach der Rückkehr 1946 wird er von einem Freund für die KP rekrutiert und gleich – unter Verweis auf die „notwendige Parteidisziplin“ auf einen Posten im Wirtschaftsapparat gesetzt.

Kurt Spera war zehn Jahre alt, als die Nationalsozialisten die Herrschaft in Österreich übernahmen, er überlebte in Wien als zum Dienst ▶



Foto: Privatarchiv

Leeds 1943: – Jüdische Mädchen zeigen den Engländern das „andere Österreich“ (Edith Wein 3. v. l.)

verpflichteter Hilfsarbeiter in ständiger Angst. Zu Kriegsende musste der knapp 16-Jährige Einsätze nach Bombenangriffen leisten. Die zerfetzten Toten begleiteten und traumatisierten ihn noch viele Jahre nach dem Krieg.

1944 kam er in Kontakt mit Kommunisten aus dem Untergrund. Er begeisterte sich für die Partei auf seiner Seite: „Für mich war die kommunistische Partei die einzige Partei, die eine konsequent antifaschistische Haltung eingenommen hat.“ Und schwärmt noch heute: „Ich liebte das Vaterlandslied der Sowjetunion ‚Nicht mehr Hass der Rassen und Nationen‘.“

Auch der 1929 geborene Arik Brauer berichtet schwärmerisch über seine Jahre in der KP. Aufgewachsen ist er, wie er sagt, schizophren – als Ottakringer Gassenbub und Mitglied der Kultusgemeinde. Der Vater stammte aus einem frommen jüdischen Haus in Vilna, war selbst aber Sozialist und vermittelte dem Buben diese Ideen. Brauer arbeitete während der Nazizeit in einer Tischlerei der Kultusgemeinde und erinnert sich, dass die Repressalien gegen ihn in seiner Umgebung schlimmer gewesen seien, bevor er den Stern tragen musste. Mit dem Stern sei er dann nicht mehr so angestänkert worden. „Das war den Leuten vielleicht zu mittelalterlich“, meint er. „Dann kamen die Russen und es wurde natürlich von uns allen als Befreiung und Rettung erlebt. Ich war ja auch so erzogen, dass bis Ende des Krieges bei uns im Flüsterton die Internationale gesungen wurde.“

Gleich nach Kriegsende gab es „ums Eck“ eine Parteistelle, „da sind alle mit roten Schleifen herumgerannt“. Brauer ging hin, und schon war er ein Jungkommunist. „Die haben mich sofort akzeptiert und mir gesagt, ich sei für ganz Ottakring verantwortlich. Und das hat mir natürlich sehr gut gefallen.“

Rudi Wein, selber Jahrgang wie Brauer, kam erstmals bei seiner Befreiung aus dem KZ Theresienstadt mit den Kommunisten in Berührung. Er gelangte gemeinsam mit der Roten Armee zurück nach Wien.

Die KPÖ wurde zur Heimat des Jungen, dessen Familie vernichtet worden war, nicht nur wegen seiner Befreiung, sondern weil die Kommunisten als Einzige aktiv gegen die Nazis gekämpft hatten. Seiner Einschätzung nach sind viele Juden auch deswegen zu Kommunisten geworden, weil die jüdischen Proletarier keine andere Chance gehabt hätten, ihre Lebenssituation zu verbessern. Die jüdischen Arbeiter waren einer doppelten Unterdrückung ausgesetzt: rassisch als Juden (in der Dollfußzeit bekam de facto nur Arbeit, wer einen „Taufschein“ vorlegen konnte) und sozial, wie die anderen Arbeiter auch.

Das Thema „Juden in der KP“ wurde unterschiedlich wahrgenommen. Kurt Menasse sah sich in erster Linie als Kommunist. Dass er Jude war, blieb zweitrangig. Er habe es nicht auf einen Nenner bringen können, Kommunist zu sein und gleichzeitig die Politik Israels gutzuheißen. Er sei daher damals aus der Kultusge-



Edith Wein (1. v. l.) in London: Neben politischen Zirkeln gab es auch eine Tanzgruppe und einen Chor, um das Bild von Österreich lebendig zu halten.





Foto: © P. Rigaud

Rudi Wein: „Jüdische Arbeiter hatten keine andere Chance, ihre Lebenssituation zu verbessern, denn sie waren doppelt unterdrückt – rassistisch und sozial“.

meinde ausgetreten: „Ich war immer für die Existenz des Staates Israel. Aber ich hab’ mir nicht vorstellen können, dass Juden zu solchen Brutalitäten fähig sind, wie sie die israelische Armee teilweise gesetzt hat.“

Für Susi Haber dagegen war die Politik der Partei gegenüber Israel untragbar. Dass Israel ständig als imperialistisch, als kapitalistisch, als Aggressor, als den Nahen Osten beherrschend dargestellt wurde, hielt sie für unerträglich: „Also, dann war es für mich aus. Israel sollte angeblich der Aggressor sein, da konnte doch etwas nicht stimmen. Was mich wirklich bedrückt, ist, dass es in Polen, Russland oder in Ostdeutschland, also in den ehemaligen kommunistischen Ländern, nach wie vor so einen Hass gegen die Juden gibt. Das ist furchtbar.“

Arik Brauer erlebte seinen ersten Schock, als er mit einer Gruppe in das „befreundete“ Jugoslawien fahren sollte. Von einem Tag auf den anderen hieß es plötzlich, Tito sei ein Verräter. Die Reise wurde abgesagt. Langsam wurde ihm klar, wer innerhalb der KP und ihrer Jugendorganisation, der FÖJ (Freie Österreichische Jugend) die Opfer und wer die Täter waren, sagt Brauer. Nicht zufällig erzählt er an diesem Punkt von einem Schlüsselerlebnis auf der Parteischule in Mauerbach. „Es gab dort unter den Kommunisten viele Juden. Die meisten von ihnen kamen aus der Emigration und sprachen daher Hochdeutsch, die Nichtjuden haben sich darüber lustig gemacht und sie ausgespottet.“ Im Grunde waren manche Antisemiten, glaubt

Brauer heute. Er selbst war akzeptiert, er sprach wie ein Arbeiterkind, konnte alle Volkslieder, natürlich alle FÖJ-Lieder.

Nach dem Krieg sahen sich alle noch als Idealisten, die mit extremem Einsatz beitragen wollten, ein „neues Österreich“ herzustellen. Susi Haber kam schon sehr früh mit ihrem Mann nach Wien zurück, so früh, dass sie die ersten Nächte mangels Wohnung unter der Brücke schlafen musste: „Uns konnte nichts aufhalten, wir wollten sofort zurück nach Wien, voll des Idealismus: Ich muss dabei sein, ich muss mithelfen dieses Land aufzubauen, war die Devise.“ Sie sieht heute noch viel Positives: „Der Einsatz, die Aktivität aus Überzeugung waren eine große Befriedigung und entschädigten für die Not. Damals habe ich gelernt, Menschen zuzuhören, sie verstehen zu lernen, zu diskutieren.“ Haber wird Sektionsleiterin, Gebietskassiererin, engagiert sich im Friedenskomitee, klettert auf den Turm eines Gemeindebaus, um neben der sozialistischen die kommunistische Fahne aufzuziehen. Auch wenn diese dort nicht lange weht, ist es ihr eine Genugtuung.

Ähnliche Bravourstücke lieferten die beiden Freunde Arik Brauer und Rudi Wein: „Am Sonntag waren wir ‚Volksstimme‘ (das offizielle Organ der KPÖ, Anm. der Red.) verkaufen und haben uns von den Leuten anspucken lassen. Wenn es nur irgendwie ums Kämpfen gegangen ist, waren wir selig“, sagte Brauer. „Als im Gartenbau-Kino ‚Rommel, der Wüstenfuchs‘ gespielt werden sollte, haben wir einen ordentlichen Wirbel gemacht. ▶



Kurt Spera kam 1944 in Kontakt mit Kommunisten im Untergrund: „Die KP hat als einzige Partei eine konsequent antifaschistische Haltung eingenommen.“

Ich bin auf das Vordach des Kinos geklettert und habe mit einem Taschenmesser das Filmplakat weggeschnitten. Unten war schon alles grün vor Polizisten. Rudi Wein hat einige Freunde organisiert, ich bin runtergesprungen und sie haben mich aufgefangen. Die Polizei hat fest geprügel, aber wir sind entwischt.“

Ein anderes Mal kletterten die beiden über ein Gerüst in die Roßauer Kaserne. Mit dabei hatten sie Druckerschwärze vom kommunistischen Globus-Verlag und schrieben „Hände weg von Korea“ auf die Wände der Polizeiräume. Brauer heute: „Jede noch so geringe Tat hat natürlich die Phantasie von Jugendlichen enorm beflügelt und uns vor uns selbst als Helden erscheinen lassen.“

Die Partei bediente sich vielfach des Engagements ihrer jungen Mitglieder und setzte sie auf Positionen im Wirtschaftsapparat. Die Russen hatten ehemals von den Nazis beschlagnahmte Betriebe übernommen, und es fehlte überall an Managern.

Menasse, Spera und Rosenstrauch machten auf diese Weise Karrieren im Osthandel und kamen in engen Kontakt mit den realsozialistischen Ländern. Kurt Menasse meint heute, dass er dadurch vielleicht früher durchschaut hatte, dass nicht alles, was in der Volksstimme stand, der Wahrheit entsprach: „Mit der Zeit habe ich mich daran gewöhnt, in der DDR ‚Grabstein‘ zu sein. Wenn Taxifahrer erkannten, dass man Österreicher war, haben die uns angeweinert, wie furchtbar alles sei. Und später sind wir draufgekommen, es ist wirklich so. Wir sind zur Leipziger Messe gekommen und alles war vorhanden. Aber wir haben gewusst, nach der Messe ist schon nichts mehr da. Es gibt kein Kalb-

fleisch und es gibt dieses nicht oder jenes.“

Inzwischen haben fast alle der Partei ideologisch und emotional den Rücken gekehrt, manche früher, manche später. Susi Haber kamen bald, obwohl ursprünglich tief überzeugt von der kommunistischen Idee, schwere Bedenken: „Als ich ein bisschen bei Marx geschmökert habe, kam in mir das Gefühl auf, er sei vielleicht auch ein Antisemit gewesen. Dann kamen die Verfolgungen, die politischen Prozesse, da waren Menschen, die bis vor kurzem Helden waren, plötzlich verschwunden. Das hat mich bestürzt, sogar in Österreich gab es eine Säuberung. Das hat bei mir zu einer fürchterlichen Resignation geführt, eigentlich zu einer Umkehr. Mein verstorbener Mann war – im Gegensatz zu mir – bis zuletzt überzeugt von der Richtigkeit.“

Kurt Menasse sagt heute: „Ich habe bei Stalins Tod und nach dem 20. Parteitag noch immer nicht fassen können, was da wirklich aufgedeckt wurde. Ich habe es nicht glauben können. Die Ereignisse 1956, als Geheimdienstleute an den Straßenlaternen aufgehängt wurden, haben mich erstmals unsicher gemacht. Ich konnte das nicht als die richtige Methode der sozialistischen Justiz empfinden. Aber ich hab' mich dann doch noch einmal damit abgefunden, dass solche Gräueltaten angeblich unvermeidbar gewesen seien.“

So ist Menasse vorerst nicht aus der Partei ausgetreten. Auf die Frage warum, weicht er aus: „Fragen Sie mich bitte etwas anderes.“ Zu lange habe man weggeschaut, vieles wurde mit der Erklärung, es sei feindliche Propaganda, verdrängt.

Der Entschluss zum Austritt reifte bei ihm erst dann, als 1989 die Bilder von der deutschen Botschaft in Prag über die Fernsehschirme der

ganzen Welt ausgestrahlt wurden, als hunderte Flüchtlinge die Botschaft stürmten.

Ähnlich ging es Kurt Spera, der, wie viele andere Kommunisten auch, lange den Argumenten geglaubt hatte, es handle sich bei der Unterdrückung der „Bruderländer“ um notwendige Maßnahmen der Sowjetunion gegen den Zerfall des sozialistischen Lagers.

Auch Oskar Rosenstrauch ist heute kein Kommunist mehr: „Das so gut begonnene Experiment gegen den chaotischen Kapitalismus ist gescheitert. Gescheitert, weil die Regime durch politische Repression die Entwicklung der freien Kräfte verhindert haben. Die Wirtschaft ist zurückgeblieben. Daher weint auch kaum jemand in Europa der Sowjetunion nach. Die Faszination der 30er Jahre ist vorbei. Was der Sowjetunion aber bleibt, ist das große historische Verdienst, die Hitlerarmee besiegt zu haben. Wohlstand konnte sie keinen erzeugen“, lautet seine nüchterne Analyse.

Arik Brauer ging schon sehr bald aus der Partei und rechnet heute scharf mit seiner Vergangenheit ab. Er sieht sein Engagement als totalen Irrweg und betont, nicht nur zum Feind, sondern gar zum Hasser des Kommunismus geworden zu sein. Sein Resümee fällt hart aus:

„Ich bin der Meinung, dass das Ganze eigentlich das noch größere Verbrechen ist als die Naziherrschaft. Als solches habe ich es im Nachhinein empfunden. Ich fühle mich persönlich beleidigt. Der Kommunismus hat das Beste an intellektuellen Menschen in Europa angezogen am Anfang des Jahrhunderts, und alle sind dahinter gestanden, eine ganze Generation von Intellektuellen hat ihr Leben geopfert, die Leute haben sich zu Tode foltern lassen für diese Idee, die in Wirklichkeit ein nationaler Faschismus

war.“ Heute stellt er sich selbstkritische Fragen: „Wie konnte ich, kaum dass die Naziherrschaft vorbei war, eigentlich auf die gleichen Appelle hereinfliegen? Lagerfeuer, oder: Wir sind die Besten. Kommunisten sind Menschen von besonderem Schlage, hieß es, genau wie mein Nachbar in Ottakring, der halt ein HJ-Bub geworden ist. Dem hat man gesagt, du bist ein Arier und du bist ein besonderer Mensch. Ich frage mich manchmal, wie ich so blind sein konnte. Meine Entschuldigung ist, dass ich jung und blöd war. Aber das ist ja auch die Entschuldigung der meisten Nazis.“

Rudi Wein bildet einen Kontrapunkt zu den unterschiedlichen, teilweise sehr scharfen Distanzierungen. Er sieht den Kommunismus immer noch als ideale politische Form, die nur schlecht umgesetzt worden sei. Und findet ein ebenso triviales wie einprägsames Gleichnis: „Ein reicher Vater kauft seinem Sohn zum 12. Geburtstag eine Stradivari und die Noten für ein Violinkonzert von Ludwig van Beethoven. Der Bub packt die Geige aus, baut den Notenständer auf und beginnt zu spielen. Heraus kommt ein fürchterliches Krächzen. Kann man daraus schließen, dass Beethoven ein schlechter Komponist, Stradivari ein schlechter Geigenbauer war?“ Ein wenig versteht man da, wie der Mechanismus der einfachen Wahrheiten funktioniert hat und – siehe Beispiel – immer noch funktioniert. Über eines sind sich die früheren Kommunisten jüdischer Herkunft aber allesamt einig: Es müsste eine gerechtere Verteilung der Güter auf der Welt geben und ein Weg gefunden werden, der zu Humanismus und Mitmenschlichkeit führt. Nicht zuletzt, damit die Welt auch für Juden sicher und lebenswert ist. ■



Foto: © P. Rigaud



# Gedächtnisforschung und Erinnerung

| Der 73-jährige Medizin-Nobelpreisträger Eric Kandel verweigerte eine Ehrung des offiziellen Österreich. Stattdessen initiierte er ein Symposium zum Thema „Österreich und Nationalsozialismus“ und diskutierte im Jüdischen Museum. |

Von Werner Hanak

**D**as Auditorium des Jüdischen Museums war trotz des Streiks an diesem 3. Juni 2003 übervoll. Zahlreiche Ärzte, Psychoanalytiker und Therapeuten waren gekommen, um den Nobelpreisträger Eric Kandel in seiner Geburtsstadt Wien sprechen zu hören.

Jenen Eric Kandel, dessen erklärte Lebensaufgabe die Erforschung der biologischen Grundlage von Lernen, Erinnern und Gedächtnis ist.

Kandel schaffte seinen wissenschaftlichen Durchbruch mithilfe der Meeresschnecke *Aplysia*, einem Lebewesen, das mit seinem einfachen Nervensystem besonders gut für die

Erforschung des Lernverhaltens und der Gedächtnisbildung auf molekularer Ebene geeignet ist. Mithilfe umfangreicher Versuchsreihen konnte er mit seinem Team die Mechanismen erhellen, die die Grundlagen der Lernprozesse bilden. Seine Erkenntnisse waren wesentlich für das Verstehen der Funktionen des menschlichen Gehirns.

Dass seine eigenen, dramatischen Kindheitserinnerungen jedoch der Auslöser für seine Gedächtnisforschungen war, beschreibt er in seiner Autobiografie: „Mein letztes Jahr in Wien war ein wichtiger Faktor für mein ausge- ▶



Eric Kandel zu Besuch in seiner Geburtsstadt Wien: „Die Wiener waren die Schlimmsten, keiner hat geholfen.“





prägtes Interesse am Mechanismus der Erinnerung. Ich bin, wie viele andere, überrascht, wie tief sich die traumatischen Erlebnisse meiner Kindheit in meine Erinnerung eingebrannt haben."

Der am 7. November 1929 in Wien geborene Eric Kandel wird als 10-Jähriger aus Österreich vertrieben. Heute sagt er: „Die Wiener waren die Schlimmsten, keiner, wirklich keiner hat uns hier geholfen. Nicht einmal die Kinder aus meiner Klasse sprachen mehr mit mir.“

Das Trauma, ausgeschlossen und verfolgt zu sein, verfolgt ihn selbst noch in New York, wo er 1939 ankommt. In der ersten Schule, die er in Brooklyn nach seiner Ankunft besucht, sind zwar hauptsächlich jüdische Kinder. Doch da die meisten von ihnen blond und nach Nazi-diktation „arisch“ aussehen, wird er so unsicher, dass er beschließt, über den Sommer mit seinem Großvater Hebräisch zu üben, um im Herbst in die Jeschiwa in Flatbush einzutreten. Erst dort beginnt er sich wohl zu fühlen und hier beginnt auch seine amerikanische Karriere, die ihn dann über ein Literaturstudium am Harvard College und ein Studium der Psychoanalyse an der Medical School an der New York University zur Gründung des Center for Neurobiology and Behavior an der Columbia University führen wird.

Kandels Beziehung zu Österreich bleibt gespannt. Als er im Jahr 2000 gemeinsam mit zwei Forscherkollegen den Nobelpreis erhält, fragt Bundespräsident Thomas Klestil bei ihm an, wie er ihn denn von österreichischer Seite ehren könnte. Kandel, ein durch und durch kreativer und produktiver Mann, lehnt eine offizielle Ehrung ab und schlägt stattdessen ein Symposium vor. Titel: „Österreich und der Nationalsozialismus – die Folgen für die wissenschaftliche und humanistische Bildung.“ Dieses fand schließlich Anfang Juni an der Wiener

Universität statt.

Vom offiziellen Österreich will Kandel auch heute nicht vereinnahmt werden, das betont er immer wieder: „Mein Nobelpreis ist kein österreichischer“, sagt Kandel, „er ist ein amerikanischer. Ein amerikanisch-jüdischer.“

Doch auch ein amerikanisch-jüdischer Nobelpreisträger fühlt sich nicht berufen, auf alle Fragen auch Antworten zu wissen. Bei der Diskussion im Jüdischen Museum erzählt er folgende Geschichte: „Als ich eine Woche nach der Nobelpreisbekanntgabe einen Vortrag über meine wissenschaftliche Arbeit in Italien hielt, fragt in der anschließenden Diskussion ein Mann: ‚Und was ist mit dem Palästinenserproblem?‘ – Sie sehen also“, sagt Kandel, „es ist ganz normal, dass man als Nobelpreisträger alles Mögliche gefragt wird, aber wir sind nur für das Gebiet ausgezeichnet, auf dem wir geforscht haben.“ ■





Flüchtlingsbetreuerin Ute Bock: „Ich bin stur. Ich kann nicht sagen, es reicht mir, nur weil es meine Kräfte übersteigt.“

## „Schulden wie ein Stabsoffizier“

| Die Flüchtlingsbetreuerin Ute Bock wurde für ihre Tätigkeit unlängst mit der Friedrich-Torberg-Medaille ausgezeichnet. Gleichzeitig zittert sie um den Fortbestand ihres Projektes. |

Von Nina Horaczek

**M**it Ute Bock kann man nicht einmal in Ruhe Kaffee trinken gehen. Kaum hat sich die Flüchtlingsbetreuerin hingesetzt, stürmt auch schon der Kellner auf sie zu: „Sie sind doch die Frau aus dem Fernsehen? Die, die sich um die Afrikaner kümmert?“

Der Ober möchte ihr gleich Torten für ihre Schützlinge schenken. Doch das sind seltene Momente für die 62-Jährige, die sich seit Jahren um obdachlose Asylwerber – vor allem aus Afrika – kümmert. Denn die mehrfach ausgezeichnete Flüchtlingsbetreuerin weiß kaum mehr, wie sie ihre Wohnprojekte weiter finanzieren soll. Ihre Ersparnisse sind verbraucht und von staatlicher Seite gibt es keine Unterstützung.

*NU: Sie sind seit zwei Jahren in Pension, könnten es sich in einem Schrebergarten gemütlich machen – wieso tun Sie sich dieses Engagement für obdachlose Asylwerber eigentlich an?*

*Ute Bock:* Weil ich stur bin. Ich kann einfach nicht sagen: So, aus, jetzt reicht's mir. Obwohl das eigentlich meine Kräfte übersteigt.

*NU: Aber warum sind gerade Sie zur „Mama Africa“ geworden?*

*Ute Bock:* Ich habe früher nie selbsttätig Jugendliche aufgenommen. Die jungen Afrikaner sind mir, als ich noch Leiterin des Gesellenheimes Zohmannngasse war, vom Jugendamt zugewiesen worden. Die wurden vom Innenministerium aus der Bundesbetreuung entlassen. Das Jugendamt musste sie unterbringen, weil sie minderjährig waren. Und das ging natürlich am leichtesten bei mir. Früher haben sie im Jugendamt gesagt, auf jemanden, dessen Sprache man nicht spricht, kann man nicht pädagogisch einwirken. Und von mir nimmt ja niemand an, dass ich pädagogisch einwirke (lacht).

*NU: Wie ist es dann weitergegangen?*

*Ute Bock:* Dann gab es eine Razzia in der Zohmannngasse. Damals wurden zirka fünfzig junge Afrikaner eingesperrt. Ich dachte, dass die Polizei zehn behalten wird und der Rest in ein bis zwei Wochen freikommt. Da dachte ich mir: Die werden dastehen und ich werde nicht wissen, was ich tun soll. Deshalb habe ich für sie eine Wohnung organisiert. Nur, von denen, die verhaftet worden sind, hat dort nie einer gewohnt. ▶

NU: Wieso?

Ute Bock: Weil niemand entlassen wurde. Ich habe ja angenommen, die kommen bald wieder aus der Untersuchungshaft. Aber dem war nicht so. Dann dachte ich, bevor die Wohnung leer steht, ist es besser, es wohnt wer drinnen, der sonst auf der Straße leben muss ...

NU: ... und dann sind es 28 geworden.

Ute Bock: Genau.

NU: Und was machen die Leute, die Sie betreuen, den ganzen Tag über?

Ute Bock: Reden. Kochen.

NU: Das ist nicht Tag füllend.

Ute Bock: Nein. Ich hab immer gesagt, geht nicht viel fort. Auf der Straße werden sie ja dauernd verhaftet. Ein paar können bei der MA 48, also der Müllabfuhr, tageweise als Straßenkehrer arbeiten. Den Mann, der bei der MA 48 diese Tagesjobs vergibt, den muss man wirklich in Gold rahmen. Wenn der so eine Einstellung zu Ausländern hätte wie andere, würde dort kein einziger Afrikaner arbeiten. Früher war die Stimmung in Österreich schon anders. Ich habe als Erzieherin nicht nur Afrikaner betreut, sondern Österreicher, Türken, Albaner, Bosnier – alles mögliche. Früher hieß es, wir helfen den Ausländern, wir schützen sie, die



Ute Bock bei der Verleihung der Friedrich-Torberg-Medaille in der IKG im Juni 2003

sollen Deutsch lernen und eine Ausbildung machen. Bei den Bosniern war das auch so. Auch bei den Albanern. Die durften zwar nichts mehr lernen, aber wurden zumindest unterstützt. Dadurch haben sie sich gut eingelebt. Spätestens nach der dritten Geldstrafe hat jeder kapiert, dass es so nicht geht. Als dann damit begonnen wurde, gegen Afrikaner so hart vorzugehen, war ich das gar nicht gewohnt.

NU: Was meinen Sie damit?

Ute Bock: In meiner ganzen Laufbahn hatte ich vier Afrikaner, die Asyl bekamen und heute in einer eigenen Wohnung leben. Aber die haben die ärgsten Probleme mit der Arbeit. Einer ist bei einer Leihfirma für zwanzig Stunden angestellt, arbeitet vierzig bis fünfzig Stunden und kriegt nur die zwanzig Stunden bezahlt. Das gibt's bei einem anderen nicht. Ein Albaner räumt denen sofort die Bude ab. Das passiert.

NU: Und wieso lässt er sich das gefallen?

Ute Bock: Weil er glücklich ist, dass er überhaupt einen Job hat. Das wäre ein Anliegen von mir, dass diese jungen Menschen arbeiten können. Dann hört sich auch der Vorwurf auf, dass die so viel Geld kosten. Dann wären sie endlich selbständig. Und für die eigene Psyche ist es auch gut, wenn man sich selbst erhalten kann. Dieses ständige Betteln ist etwas Schreckliches.

NU: Wie viele Leute betreuen Sie?

Ute Bock: Momentan etwa hundert.

NU: Bis zum 18. Lebensjahr müssen Asylwerber vom Jugendamt untergebracht werden. Was passiert danach?

Ute Bock: An ihrem 18. Geburtstag müssen die

## Nur wer intelligent und nachhaltig kommuniziert, wird seine Inhalte durchsetzen.

### service matters

Full Service PR-Agentur  
Strategische Kommunikationsberatung  
Medien- und Präsentationstraining

### membership matters

ECCO International Public Relations  
Limited, London  
PRVA – Public Relations Verband Austria  
PR-Group Austria

### communication matters

Kollmann, Raunig & Menasse  
Public Relations GmbH  
A-1040 Wien, Kolschitzkygasse 15/14  
T +43/1/503 23 03, F 503 24 13  
office@comma.at  
www.communicationmatters.at

**communication**  
**matters**

Jugendlichen aus den Heimen des Jugendamtes raus.

*NU: Wohin?*

*Ute Bock:* Auf die Straße. Die kommen zwar meist bei Freunden unter, aber das ist kein fester Wohnsitz, sondern der Anfang vom Ende. Wir Betreuer haben immer gesagt, wenn Jugendliche keine Unterkunft haben, wird's gefährlich. Und jetzt wird genau diese Entwicklung gefördert! Bei den Afrikanern ist es das Gleiche: Die wohnen einmal da, einmal dort, dann schläft er wieder drei Tage auf der Straße und dann findet er einen Freund, bei dem er ein paar Nächte bleiben kann. Aber das ist doch schrecklich!

*NU: Und haben die zumindest eine Meldeadresse?*

*Ute Bock:* Das ist das nächste Problem. Ich frag' zum Beispiel oft: Wenn du dort wohnst, wieso kannst du dich dann dort nicht melden? Aber sie fürchten sich, denn wenn in so einem Loch fünf Afrikaner offiziell wohnen, ist am nächsten Tag die Polizei da. Ich versuche, ihnen zumindest eine Meldeadresse zu organisieren. Wenn sie keine Post kriegen, versäumen sie wichtige Fristen in ihrem Asylverfahren. Ich habe so an die sechshundert „Nichtmeldescheine“ – also Menschen, die nichts zum Wohnen haben, aber zumindest eine Adresse, an der sie ihre Post abholen können.

*NU: Haben die Leute, die Sie betreuen, irgendeine Perspektive?*

*Ute Bock:* Nein. Sie haben gar nichts. Was mir ein echtes Anliegen wäre, ist, dass die Leute zumindest eine Grundversorgung kriegen. Ich finde es unvorstellbar, dass jemand nicht weiß, was er am Abend isst. Dass ein Mensch heute die dreifache Portion frisst, weil er nicht weiß, wann er wieder etwas zu essen kriegt. Das Nächste ist Arbeit, Beschäftigung, Lernen, Schule. Ich kann nicht intelligente Menschen zum Nichtstun verurteilen. Das kann doch nicht sein! Und es gibt keine medizinische Betreuung. Mit einem jungen Afrikaner, der Rückenschmerzen hatte, bin ich ein halbes Jahr herumgelaufen, um einen Befund zu kriegen. Und dann hatte er das Glück, dass er verhaftet wurde – und das war wirklich ein Glück. Denn im Gefängnis sind die Leute krankenversichert. Da hat sich herausgestellt, dass er Knochen-TBC hat. Aber es hat ein geschlagenes halbes Jahr gedauert,

bis der endlich eine medizinische Behandlung bekam.

*NU: Vor kurzem hat der Oberste Gerichtshof (OGH) festgestellt, dass es Aufgabe der Republik ist, sich um Asylwerber zu kümmern und dass der Staat diese Verpflichtung nicht auf karitative Organisationen abwälzen darf. Laut OGH können Menschen wie Sie, die obdachlose Asylwerber betreuen, die Kosten dafür vom Innenministerium einfordern. Werden Sie Innenminister Ernst Strasser klagen?*

*Ute Bock:* Ich habe meinen Rechtsanwalt Gabriel Lansky gebeten, sich die Sache anzusehen. Sicher freue ich mich, wenn ich Geld zurückkriege, ich hab' ja Schulden wie ein Staboffizier. Aber ich wäre schon froh, wenn das Innenministerium zumindest ab jetzt die Leute unterbringen und betreuen würde. Das wär' schon etwas. ■

info

## **Bock auf Bier**

*Ute Bock, eine der engagiertesten Flüchtlingsbetreuerinnen, kann ihre Unterkünfte für obdachlose Asylwerber bald nicht mehr bezahlen. Ihr anfänglich kleines Wohnprojekt hat sich mittlerweile auf insgesamt 28 Wohnungen ausgewachsen, in denen sie über hundert Menschen Unterkunft und Verpflegung bietet. Die monatlichen Kosten für Miete, Strom und Gas belaufen sich auf zirka 10.000 Euro und Ute Bocks Ersparnisse sind längst aufgebraucht. Nun wollen Gastwirte Ute Bock helfen: Unter dem Motto „Bock auf Bier“ erhöhen sie den Preis auf Krügerln und Seideln um zehn Cent und spenden das Geld Ute Bock. Wer nicht gerne Bier trinkt, aber trotzdem nicht zusehen möchte, wie Asylwerber in Österreich auf der Straße stehen, der kann Ute Bock ganz leicht unterstützen – mit einer Spende an den Verein Ute Bock.*

*Hypo Tirol Bank*

*Konto Nr. 520 110 174 99*

*Bankleitzahl 57000*

*Kennwort „Ute Bocks Wohnprojekt“*

*Informationen: <http://www.fraubock.at>*

# „Die Goldene Joich muss wieder her“

| Es steht in jedem Reiseführer: Wien ist natürlich stolz auf seine jüdische Kultur. Die von früher. Heute fristet die jüdische Alltagskultur in Wien eher ein bescheidenes Dasein. Ein Einwurf an einem Beispiel: Wo ist die jüdische Küche geblieben? |

Von Rainer Nowak

**W**ien ist eine Weltstadt. Mit Sicherheit. Das meinen nicht nur die Stadtväter. Auch ansonsten kritische Zeitgenossen mit Wohnsitz an der Donau kommen bisweilen ins Schwärmen, wenn sie sich darüber verbreiten, „wie toll sich Wien entwickelt hat“. Dass internationales Flair in die Stadt gekommen sei, ein nächtlicher Spaziergang beweise dies. Bestes Beispiel sei das Boomen der Lokalszene. Zugegeben, es hat sich was getan, großstadttechnisch. Vor vielleicht fünfzehn Jahren drohte man an einem Sonntagmittag zu verhungern, wenn man zu Hause einen leeren Kühlschrank und keine Einladung von guten Freunden hatte. Offene Restaurants waren kaum vorhanden und wenn, dann gar nicht gut, aber ausgebucht. Das hat sich geändert. Heute bekommt man an jeder Ecke Lemon-gras-Suppen, Sushi und die schrägsten Pasta-Variationen. Toll. Als Restaurantkritiker kom-

me ich gar nicht mehr nach. Weiter so, kulinarische Weltstadt Wien. Irgendwann haben wir es sicher geschafft, dass wir im neuesten In-Lokal dann plötzlich gar nicht mehr genau wissen, in welcher Stadt wir essen – sieht man von den altbekannten Gesichtern an den Nebentischen einmal ab. Bravo: kulinarisch gut, aber identitätslos.

Bestes Beispiel: das Fehlen der jüdischen Küche in Wien. Warum das so gekommen ist, wissen wir alle, und dabei klingt die Klage, dass das Essen verloren gegangen ist, geradezu zynisch. Dennoch: Auch dieser Teil jüdisch-wienerischer Identität ist verloren gegangen. Nach einigen Jahren intensiver Verkostung von Wiener Lokalen habe ich von jüdischer Küche so gut wie keine Ahnung. Freunde halfen mit einem Kochbuch aus, im Alev-Alev konnte ich die Klassiker probieren. Nur bei Rei-



Zumindest das schnelle jüdische Essen hat auch in Wien Einzug gehalten: „bagel station“ in der Capistrangasse





sen nach New York und Berlin war der Ess-Horizont in diese Richtung zu erweitern. Ein Wiener Lokal-kritiker, der keine Ahnung von jüdischem Essen hat? Das sagt eigentlich ohnehin schon alles.

Warum gab es bisher keine Renaissance der jüdischen Kost in Wien? Sind die Wiener Geschmacksnerven anti-semitisch? Ich hoffe, zumindest die nicht. Schon eher sind nur die Gastronomen nicht mutig und einfallsreich genug, sich an eine neue Welt vorzutasten, die nicht stromlinienförmig in den Hochglanzmagazinen gefeiert wird. Schon klar, jüdische Küche ist nicht gleich jüdische Küche. Wie kompliziert, schwierig und kostenintensiv eine echt koschere Küche ist, kann ich mir vorstellen, dem Alev-Alev an dieser Stelle ein großes Dankeschön. Und dass es beim letzten Mal nicht ganz so gut war wie bei anderen Besuchen zuvor, mag an der Hitze liegen, die den Koch, meinen Geschmack und den Appetit gedrückt hat.

Als absoluter Laie auf dem Gebiet wage ich zu sagen, dass es zu Beginn schon reichen würde, wenn das eine oder andere neue Restaurant sich an jüdische Rezepte wagen würde. Dass Wien natürlich nicht New York wird, haben wir schon immer befürchtet, aber ein Hauch von Williamsburg wäre doch fein. In dem Teil Bro-

„Heute bekommt man an jeder Ecke Lemongras-Suppe, Sushi und schräge Pasta, von jüdischer Küche habe ich dagegen keine Ahnung.“

oklyns wohnen nicht nur viele jüdische New Yorker, sondern dort (vor allem in der Gegend, die an das polnische Viertel Greenpoint grenzt) gibt es neuerdings einen Boom von jüdisch-osteuropäischer Küche, sodass auch Manhattanfans am Wochenende die lange U-Bahn-Fahrt auf sich nehmen und in das Trendviertel pilgern. Redimensioniert auf Wien hieße das: Die Leopoldstadt braucht jüdische Lokale.

Nach genauer Lektüre des feinen Buches „Jüdische Küche“ (Dausien-Verlag) verstehe ich, dass „in der jüdischen Kultur wie bei keiner anderen Weltliches untrennbar mit Heiligem verknüpft ist“. Und: „Die festlichen Mahlzeiten sind ein Bestandteil des religiösen Rituals, dem bei jeder Speise eine symbolische Bedeutung zukommt.“

Ganz unorthodox habe ich mir eine kleine Menüfolge zusammengestellt, die ich einmal in Wien bekommen möchte: Zu Beginn bitte eine Goldene Joich (Goldene Suppe) mit viel Mandeln (natürlich die aus Teig), dann Pflaumenzimmes, vielleicht noch ein paar Kreplach und unbedingt Huhn mit Hing und Orangensaft, am Schluss Nudelkugel mit Obst. Danach rühre ich nie wieder irgendeinen abgemagerten Nobelfisch auf Kresse-Himmelbett und Soja-Decke an. ■



Menasse zu Javor: „Es ist unklar, welcher Spargel da den Gusenbauer gestochen hat. Wahrscheinlich wurden am Anfang des Essens kleine Fettnäpfchen serviert.“

## Dajgezzen und Chochmezzzen

| Erwin Javor und Peter Menasse dajgezzen und chochmezzzen\* über die politische Bedeutung von Spargel, Wein und fragwürdigen Verbrüderungen.

*Javor:* Ich ärgere mich, dass man nur über den Spargel beim Treffen von Gusenbauer mit Haider schreibt, aber nicht informiert, welcher Wein getrunken wurde, wo ich doch immer schon wissen wollte, welcher Wein zu Spargel passt. In dieser Sache hätte ich mich gerne auf die Kernkompetenz von Herrn Gusenbauer verlassen. Da kennt er sich nämlich wirklich aus.

*Menasse:* Na ja, wahrscheinlich wurden ja am Anfang des Essens kleine Fettnäpfchen serviert, das muss der Gusenbauer lieben. Den Wein dazu weiß ich allerdings auch nicht. Hoffentlich hat er sich wenigstens einen kleinen Schwips angetrunken, weil der Erfolg seiner Mission war ja dann nicht wirklich berauschend.

*Javor:* Dass er bei einem Treffen mit Haider nichts zu gewinnen hat, hätte er vorher wissen

können. Beim Bärentaler kann man den alten Witz noch einmal anwenden, der da lautet: Der Haider verkauft dir sogar seine Großmutter, wenn es ihm politisch etwas bringt. Im Gegensatz zu anderen Politikern, die das auch tun, liefert er aber dann nicht. Gusenbauer hat die Pensionskürzungen erwartungsgemäß nicht verhindern können, dem Haider hat er jedoch geholfen, von den Toten wieder aufzuerstehen.

*Menasse:* Ja, es ist wirklich unklar, welcher Spargel ihn da gestochen hat. Aber er befindet sich ja in guter Gesellschaft. Präsident Muzicant hat auch dem Haider die Hand geschüttelt, als es um die Verhandlungen zur Wiedergutmachung durch die Bundesländer ging, ohne dadurch bisher nur einen luckerten Euro für die Gemeinde loszueisen.

Und beide, Gusenbauer und Muzicant, sind



Menasse: „Ein paar Ezzes kriegt man schon für eine Flasche Rioja.“

gemeinsam im Jahr 2000 auf dem Heldenplatz gestanden und haben vor 250.000 Menschen zum Widerstand gegen die „Schandregierung“ aufgerufen. Diese vielen Menschen haben jetzt alle einen Kater, ohne vorher einen der exklusiven Weine genossen zu haben, den Gusenbauer zu trinken pflegt.

Javor: Da hätte man ja gleich den Schlögl auftreten lassen können. Die Beliebigkeit dieser führenden Männer in Österreich führt dazu, dass sich die Menschen von der Politik abwenden und ihr schwarz-blaues Schicksal hinnehmen. Weil wenn alle mit allen können, ist alles verloren. Es funktioniert auch in der Politik nicht, dass man Wasser predigt und selber Wein trinkt.

Menasse: Verkauft wird uns das Ganze ja immer als notwendige Strategie, um noch Ärgeres zu verhindern: „Wenn man den Menschen den Pensionsraub ersparen will, muss man eben ein Zweckbündnis schließen.“ Oder: „Wenn man für die alten Menschen noch rechtzeitig Geld erhalten will, muss man Grundsätze über Bord werfen.“ Die Qualität einer solchen Vorgangsweise lässt sich jetzt leicht ermessen: Die FPÖ ist wieder im Spiel, Haider verkauft sich als Retter der kleinen Leute – und die Händeschüttler stehen ohne Hände da.

Javor: Es gibt da so was wie Gerechtigkeit: Unmoral hilft nicht, sondern sie wirkt so, wie wenn man mit Hunden ins Bett geht: Man wacht

mit Flöhen auf. Oder anders gesagt – und das sollte doch zumindest Gusenbauer wissen: Wer gepantschten Wein trinkt, wacht mit einem Brummschädel auf.

Menasse: Ich habe nicht das Gefühl, dass Gusenbauer seit dem Spargelessen irgendwann wach war. Er erholt sich offensichtlich von seinem Schock, gar nichts Konstruktives erreicht zu haben. Die Partie geht jetzt rüber zum Schüssel. Der kann bald nicht mehr nur den pflegeleichten Haupt wiegen, sondern wird sich mit einem Vizekanzler Haider auseinander setzen müssen. Absurderweise ist diese Konstellation die einzige Chance, dass wir die FPÖ doch noch loswerden.

Javor: Schüssel wird irgendwann über seine Selbstgerechtigkeit stolpern. Er glaubt ja förmlich, „er hat Gott bei de Fiess gepackt“. Um den will ich mir aber auch keine Sorgen machen, das ist nicht meine Sache.

Menasse: Na, bei der Selbstgerechtigkeit ist ihm der Gusenbauer hart auf den Fersen. Wenn er schon nicht so viel Geld für Beratung ausgeben kann wie der Finanzminister, ein paar gute Ezzes kriegt man ja schon um den Preis von einem Flascherl Rioja.

Javor: Also, ich habe auch noch keinen getroffen, der von sich behaupten kann, dass Muzicant einen Rat von ihm angenommen hätte. Da sind sich die hohen Herren scheinbar auch sehr ähnlich.

Menasse: Was bleibt uns also? Abwarten und Wein trinken. ■



Javor: „Die Beliebigkeit der führenden Männer führt dazu, dass die Menschen ihr schwarz-blaues Schicksal hinnehmen.“

# Erhobenen Hauptes

## MEINUNG

In der Auseinandersetzung der Kultusgemeinde mit der Regierung ist hinsichtlich des Stils und der Strategie ein interessantes Phänomen der Juden unserer Generation, der so genannten zweiten nach der Schoah, zu beobachten: Nachdem es der Kultusgemeinde in den Jahrzehnten nach dem Krieg scheinbar nicht gelungen ist, eine angemessene Restitution für Gemeinde und Mitglieder gegenüber Österreich durchzusetzen, werden jetzt – in einer Art Gegenbewegung – mit sehr viel Selbstbewusstsein und unter Berufung auf Moral und Rechtsstaatlichkeit, sämtliche Ansprüche eingefordert.

Nun ist es zwar richtig, dass bis vor etwa fünfzehn Jahren die Durchsetzung von Ansprüchen gegen die Republik Österreich sehr schwierig war. Tatsache ist aber auch, dass es seither vor allem seitens der Stadt Wien, aber auch seitens des Bundes, eine Fülle finanzieller Zuwendungen gegeben hat. Diese Zahlungen erfolgten jedoch sehr diskret und hinter den Kulissen, fast in einer Art heimlicher Entschädigung und Wiedergutmachung, und in beiderseitigem Einvernehmen. Es waren Gelder im Rahmen bestehender Förderbestimmungen (z. B. Wohnbauförderung oder diverse Sozialförderungen), wenn auch unter maximaler Ausnutzung derselben. Die jüdische Gemeinde konnte dadurch eine sehr umfangreiche Infrastruktur aufbauen (Schulen, soziale Einrichtungen, z. B. ESRA).

Diese Tatsache führt uns zurück zu dem eingangs erwähnten Paradoxon, das unsere Generation kennzeichnet: Obwohl wir wissen, dass in diskreten, hinter den Kulissen stattfindenden Verhandlungen womöglich ein finanziell besseres Ergeb-



nis zu erzielen wäre, ist uns die öffentliche Auseinandersetzung wichtiger.

Es ist uns wichtig aufzustehen, erhobenen Hauptes unsere legitimen Forderungen zu stellen und uns dabei weniger um Fragen des Stils, der Angemessenheit der eingesetzten Mittel oder der Befindlichkeit des Gegenübers zu scheren. Denn schließlich haben wir das Gefühl, dass wir ohnehin zu lange Opfer waren.

Wie also in der einschlägigen Literatur ausführlich beschrieben, übernimmt auch in unserer Gemeinde die zweite Generation die Aufgabe ihrer Eltern, Mord, Raub, Erniedrigung und Schmach der Schoah zu rächen. „Nie wieder“, schwören wir einander und allen anderen. Diese Haltung hat eine ganz wichtige psychologische Funktion für uns.

Doch es besteht die Gefahr, dass diese Haltung so unser Handeln bestimmt, dass dieser Kampf sogar einen wichtigen Teil unserer Identität als Juden ausmacht. Denn jene, die selbstbewusste, aufrechte und mutige Juden sind, die sich auch in ihrer politischen Meinung nicht zurückhalten, es aber wagen, den Stil der Kultusgemeinde zu kritisieren, werden als Verräter diffamiert und attackiert, wie zuletzt beim so genannten Bürgerforum im Stadttempel.

„Glauben Sie denn, dass es uns Spaß macht, Tag für Tag diesen Kampf zu führen?“, fragte

schmetternd der zur Verteidigung Muzicants aus Deutschland herbeigeeilte Michel Friedman ins zum „Bürgerparlament“ versammelte Publikum. In diesem Moment sah ich eine Frau im Publikum unwillkürlich nicken, die nachher, danach gefragt, ironisch meinte: „No na macht es ihm keinen Spaß.“

Sie hat intuitiv erfasst, wie sich bei Friedman (und ähnlich bei Muzicant) das Agieren des Gelöbnisses „Nie wieder“, der Kampf gegen „die Verbrecher“ als Hauptmerkmal jüdischer Identität, mit dem politischen Handeln vorteilhaft verbinden lassen.

Vor diesem Hintergrund ist auch viel besser verständlich, warum gerade der Oberkantor des Stadttempels auf die Kündigungsliste der IKG gesetzt wurde. Die drohende Kündigung des allseits beliebten, geschätzten Oberkantors, Symbol einer lebenden Gemeinde, sollte die Gemeindemitglieder aufrütteln und sie im Kampf gegen die Regierung instrumentalisieren. (Natürlich hätte die Kultusgemeinde auch andere, weniger drastische Sparmaßnahmen setzen können, die womöglich sogar begrüßt worden wären: Würde es jemand stören, wenn die Zeitung „Gemeinde“ auf ein Mitteilungsblatt – mit den Hochzeiten, Bar Mitzwahs, Todesfällen, Gebetszeiten und Berichten über die jüdischen Vereine – reduziert würde, wo darüber hinaus ohnehin nichts gelesen wird? Wie sieht es aus mit Mitarbeitern, die gerade erst in Präsidium und Amtsdirektion angestellt wurden, deren Aufgabe die zahlreicheren Medienauftritte sind? Wieso wurden die Steuern abgeschafft und an ehemalige Mitarbeiter – entgegen rechtlicher Empfehlungen – Abfertigungen von Millionen Schilling

geleistet, während man die Gemeindemitglieder im Glauben ließ, das würde das Budget schon aushalten?)

Der oben beschriebenen Haltung fast diametral entgegengesetzt stehen die Orthodoxen unserer Gemeinde, denen fast ausschließlich die Aufrechterhaltung des religiösen jüdischen Lebens am Herzen liegt. Das politische Agieren der Kultusgemeinde ist ihnen ein Gräuelf, übertriebenes Selbstbewusstsein und der Kampf gegen den Antisemitismus erscheinen ihnen als falsch und sinnlos.

Gestärkt, wenn nicht sogar angeführt, wird die Orthodoxie durch die Lubawitscher, die sich im Laufe der letzten Jahre zu einem Zentrum der gelebten „Jiddischkeit“ entwickelt haben. Sie übernehmen sukzessive das geistige jüdische Leben in allen Facetten, weil hier die IKG im Laufe der Jahre ein völliges Vakuum hinterlassen hat.

Es ist zu befürchten, dass sich genau an dieser Trennlinie die Gemeinde spaltet. Während die IKG ihr Selbstverständnis im Kampf mit der Regierung, den äußeren und inneren Feinden sucht, werden sich die Orthodoxen mit ebendieser Regierung und den äußeren und inneren Feinden arrangieren (zumal ihnen die IKG in nächster Zeit als Erste den Geldhahn zudrehen wird).

Gelingt es uns nicht, den Kurs und den Stil der IKG zu ändern, werden wir erleben, wie die politische Bedeutung der jüdischen Stimme durch eine Spaltung der IKG zerbröckelt und wir uns zwischen der Mitgliedschaft in zwei oder mehreren Kultusgemeinden entscheiden werden müssen.

## info

Prominente Gemeindemitglieder haben eine Protestnote verfasst, um ihre Empörung über die mögliche Kündigung des Oberkantors zum Ausdruck zu bringen.

Die Protestnote mit vielen Unterschriften wird in diesen Tagen dem Kultusvorstand übergeben.



# MEINUNG

P.B.B. ► VERLAGSPOSTAMT 1010 WIEN ► ZULASSUNGSNR.: 02Z033113M



I M P R E S S U M

## **OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ:**

Herausgeber: Verein Arbeitsgemeinschaft jüdisches Forum mit Sitz in 1011 Wien, Postfach 1479. Obmann: Johann Adler, Schriftführer: Martin Engelberg, Kassier: Erwin Javor

Grundsätzliche Richtung: **NU** ist ein Informationsmagazin für die Mitglieder der IKG und für ihnen nahe stehende, an jüdischen Fragen interessierte Menschen. **NU** will den demokratischen Diskurs fördern.

## **HERAUSGEBER UND MEDIENINHABER:**

Arbeitsgemeinschaft jüdisches Forum, 1011 Wien, Postfach 1479  
Internet: [www.nunu.at](http://www.nunu.at), E-Mail: [office@nunu.at](mailto:office@nunu.at), Fax: +43/1/715 05 45-43  
BA-CA (BLZ 12000) Kto.-Nr. 08573 923 300

## **MITARBEITER DIESER AUSGABE:**

Martin Engelberg, Erwin Javor, Peter Menasse (Chefredaktion);  
Rainer Nowak, Peter Rigaud, Jacqueline Godany (Bildredaktion);  
Saskia Schwaiger (Schlussredaktion); Danielle Spera,  
Nina Horaczek, Werner Hanak

## **ANZEIGEN:**

Anton Schimany (0664/300 77 06)

## **SATZ & LAYOUT:**

ECHOkom  
1070 Wien, Schottenfeldgasse 24  
Telefon: +43/1/526 26 76-0